Aus „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Mobilmachung

Die bundesrepublikanische Rechte rüstet sich. Mit der Einigung auf den Kanzlerkandidaten Barzel sind jetzt die personellen und konzeptionellen Fragen in der CDU/CSU auf der Grundlage der Strauß'schen Forderungen geklärt. Die sozialdemagogischen Angriffe auf die Regierungskoalition verschärfen sich. Dabei ist ein geschicktes politisches Timing mit entsprechenden Aktionen aus Unternehmerkreisen spürbar. In einer Anzeigenaktion, die „in dieser Form bisher einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik" ist, hatten Ende November 63 „prominente Unternehmer ... massive öffentliche Kritik"[1] an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD/FDP-Regierung geübt. Ein beträchtlicher Teil der Unterzeichner ist Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats, weitere namhafte Unterzeichner sind der CDU/CSU auf andere Weise verbunden. Zugleich wurde mit provokativen Lohnangeboten, direkten und indirekten Aussperrungen durch Produktionsstillegungen von den Unternehmerverbänden in der Metallindustrie ein Arbeitskampf geführt, der an Härte und Brutalität seinesgleichen sucht. Vorreiter auf Unternehmerseite sind der Gesamtmetall-Vorsitzende van Hüllen (Mitunterzeichner der Großanzeige) und das Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates Schleyer. Die Absicht der Unternehmer in dieser Auseinandersetzung war von vornherein klar: für die siebziger Jahre rechnen sie mit einer verstärkten Konkurrenz auf dem Weltmarkt und vor allem mit einer wachsenden inneren Labilität in der Wirtschaft. Bereits zu Beginn dieser Entwicklung soll in der Auseinandersetzung mit der größten Gewerkschaft der Welt beispielhaft klargemacht werden, wie künftige Tarifauseinandersetzungen auszusehen haben und wie im Zweifelsfall die Methoden der Krisenbewältigung eingesetzt werden; dabei sollte ganz offensichtlich auch eine Situation herbeigeführt werden, in der die Arbeiter und ihre Organisationen — etwa über eine zentrale politische Schlichtung — von der Führung der Regierungsparteien massiv diszipliniert werden. Wer freilich meint, daß mit der Solidaritätserklärung des SPD-Parteitages für die streikenden Metallarbeiter dieses Kalkül der Unternehmer und ihrer politischen Parteigänger durchkreuzt worden sei, urteilt zumindest arg optimistisch. Ein Parteitag der SPD, auf dem einige Ansätze einer an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientierten Politik sichtbar wurden, und eine realistischere, international gewürdigte Außenpolitik können und dürfen nicht den Blick für eine Reihe politischer Entscheidungen trüben, die — meist kaum von der Öffentlichkeit registriert — in den letzten Monaten von der SPD/FDP-Regierung gefällt wurden und die gerade der äußersten politischen Rechten in die Hände spielen:

I.

So wächst entgegen früheren Versicherungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und entgegen gemeinsamen Feststellungen der NATO-Verteidigungsminister der Haushalt des BMVg 1972 gemessen am Gesamthaushalt überproportional (+ 11 Prozent) und errreicht eine in der Geschichte der BRD noch nie dagewesene Rekordhöhe. Zusätzliche finanzielle Unterstützungen für die USA und die NATO sind bereits angekündigt. Mit den Stützungsmaßnahmen für den kriegskranken Dollar bewegen sich 1972 die gesamten militärischen Ausgaben der BRD (Haushalt BMVg, Devisenzahlungen, Militärgehälter, Militärhilfe, Zivilverteidigung, NATO-Zahlungen, Bundesgrenzschutz, Berlin-Hilfe) um die 35-Milliarden-Grenze. Eine solche massive Ausgabensteigerung macht nicht nur jegliche innere Reformen unmöglich, sondern wirkt auch außenpolitisch als Provokation: In der UdSSR, der stärksten sozialistischen Militärmacht, war bereits 1971 der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt „mit 11,1 Prozent der niedrigste seit vielen Jahren"[2]), und 1972 wird das Verteidigungsbudget weiter zurückgehen: auf 10,3 Prozent.

II.

Auf der Grundlage eines „sorgfältig erarbeiteten Beschlusses" (Schmidt) soll 1972 eine Mobilmachungsübung durchgeführt werden, bei der erstmals private Kraftfahrzeuge erfaßt werden sollen. Vom BMVg wird zusätzlich versichert, daß damit nur „ein Anfang gemacht werde"[3]). Die Mobilmachung — „das Übergangsstadium zwischen Frieden und Krieg" — wird also noch öfter geübt werden. Die Ankündigung der Übung wurde von der CDU/CSU nahestehenden Presseorganen und Fernsehkommentatoren mit großem Beifall aufgenommen. In der ARD etwa kommentierte am 2. November 1971 Johannes Gross: „Daß mitten im tiefen Frieden Mitteleuropas, inmitten einer politischen Szenerie, die von Plakaten der Entspannung und des Friedens beherrscht wird, probeweise an den Kriegsfall erinnert wird, fordert eine Gesellschaft heraus, die den Ernstfall aus dem politischen Bewußtsein verdrängen möchte." Es geht jedoch nicht nur darum, den sozialistischen Staaten „zu zeigen, daß wir es ernst meinen" (Schmidt). Innenpolitisch soll die Übung die Unzulänglichkeit des Bundesleistungsgesetzes für eine solche Maßnahme demonstrieren und der Öffentlichkeit verdeutlichen, daß die Durchsetzung der Ausführungsbestimmungen zu den einfachen Notstandsgesetzen nun auf der Tagesordnung stehe. Für eine solche Beweisführung

gegen links

ist das Bundesleistungsgesetz — einst von der SPD selbst als Notstandsgesetz bezeichnet — allerdings kaum geeignet, da seine Generalklauseln zu allem herhalten können. Befremdend ist dabei, daß Spekulationen, die Übung habe keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage, nicht vom BMVg durch einen Hinweis auf § 73 BLG entkräftet wurden — nur so kann wohl die Mär aufrecht erhalten werden, das BLG sei nicht ausreichend. Auf jeden Fall hält die Regierung offensichtlich nun die Zeit für gekommen, „mitten im tiefen Frieden Mitteleuropas" (Gross) die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze endgültig und vollends funktionsfähig und handhabbar zu machen. Der Unterstützung durch die Militärs kann die Bundesregierung dabei gewiß sein: in führenden Militärzeitschriften häufen sich neuerdings die Forderungen nach Aufhebung des „Stillegungsbeschlusses" für die Ausführungsbestimmungen der Notstandsgesetze, der 1968 von dem damaligen Innenminister und Notstandsexperten Ernst Benda (CDU) und Helmut Schmidt (SPD) mitinitiiert wurde, um die „Öffentlichkeit nicht erneut zu beunruhigen". Beunruhigt muß diese Öffentlichkeit allerdings sein, wenn diese taktische Zurückhaltung zu einem Zeitpunkt aufgegeben wird, zu dem die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz auf der Tagesordnung stehen. Beunruhigt muß diese Öffentlichkeit auch sein, wenn zur selben Zeit die zwei Notstandsexperten Ernst Benda (CDU) und Martin Hirsch (SPD) auf die Sessel des höchsten deutschen Gerichts gehievt werden. Vor allem die Wahl Ernst Bendas zum Verfassungsrichter ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: das Bundesverfassungsgericht wird möglicherweise über die Ostverträge und über die Ausführungsbestimmungen der Notstandsgesetze zu entscheiden haben, ebenso vermutlich über die verfassungswidrige Praxis des Ausschlusses von Sozialisten und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienste.

III.

Beunruhigen muß diese Besetzung des Bundesverfassungsgerichts um so mehr, als jüngst die SPD/FDP-Regierung ein Gesetz vorgelegt hat, das nach Meinung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Polizei, Kuhlmann, schlicht verfassungswidrig ist. Es handelt sich um die Neufassung des Bundesgrenzschutzgesetzes (BGSG) von 1951. Das neue BGSG der SPD/FDP-Regierung bestätigt die einst von der Notstandsopposition vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Notstandsgesetze zu einer Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens führen würden. Zwar war der BGS schon immer eine paramilitärische Organisation[5]), seine Aufgaben waren jedoch auf die „Grenzsicherung" beschränkt. Während nun in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, es gehe mit dem neuen BGSG darum, den Bundesgrenzschutz an die neuen Anforderungen aufgrund der Notstandsgesetze anzupassen, werden dem BGS in Wirklichkeit noch darüber hinaus zusätzliche Aufgaben zugeordnet. Er gewinnt allgemein „an Bedeutung im Rahmen der Gesamtsicherheitsaufgaben der BRD" als ein „zusätzliches . . ., jederzeit abrufbares Sicherheitspotential", als eine „Sicherheitsreserve" zur „Abrundung des Sicherheitspotentials"[6]). Genauer: seine personelle Stärke soll massiv verbessert werden, und er soll verfassungswidrig als „Bundespolizei" bereits unterhalb der „Notstandsschwelle" eingesetzt werden, nachdem bereits in den letzten Jahren der Grenzschutz gesetzeswidrig zur „Flughafensicherung" und bei Demonstrationen eingesetzt wurde. In einem Interview erinnerte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Kuhlmann, angesichts der „Generalklausel" des Gesetzes an den Artikel 48 der Weimarer Verfassung; nach dem Gesetz könne der Grenzschutz „aus jedem Anlaß" und „zu jeder Zeit bei Demonstrationen oder bei Arbeitskämpfen" eingesetzt werden[7]). Innenminister Genscher selbst hatte am 31. August 1971 in einer Rede vor Offizieren des BGS „die vielfältigen Erscheinungsformen eines politischen Radikalismus" an die Wand gemalt, „der unsere freiheitliche und demokratische Ordnung beseitigen will, mit Gewalt, mit der Drohung mit Gewalt, mit Unterwanderung, Verächtlichmachung und Zersetzung"[8]). Das Bestreben der Bundesregierung, den Bundesgrenzschutz in eine zentrale paramilitärische Bürgerkriegsorganisation zu verwandeln, steht nicht isoliert da. Es fügt sich vielmehr beklemmend nahtlos in die allgemeine Entwicklungstendenz ein, die innere Niederhaltungsfunktion der militärischen Organisationen im NATO-Bereich auszubauen und zu vervollkommnen. In militärpolitischen Fachzeitschriften nicht nur der BRD häufen sich nach den in den letzten Jahren immer stärker aufflammenden Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa Studien über den „Modellfall Vietnam", über „Guerillas in Westeuropa", über „Tupamaros in Westeuropa" etc.; NATO-Organe widmen dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit, und die bundesrepublikanische „Heimatschutztruppe" (die z. B. „Banden im Inneren der BRD" bekämpfen soll) wird neu organisiert und stark ausgebaut. Sogar im Fernsehen wird gefordert, der Bundeswehr einen Kampfauftrag in diesem Sinne zu geben. In seinem Kommentar zu der Mobilmachungsübung der Bundeswehr (!) verwies Johannes Gross darauf, daß viele Staaten der Welt „gleichzeitig ihre Beziehungen zur Sowjetunion verbessert und die kommunistische Bewegung im Innern rücksichtslos niedergehalten" haben; zwar sei momentan zur „Rücksichtslosigkeit" noch kein Anlaß, aber die Bundesregierung „wäre gut beraten, wenn sie auch eine Mobilmachung für die innere Sicherheit plante".

Diese Mobilmachung nach innen ist schon lange angelaufen. Einige zusätzliche Stichworte — Wehrstrafgerichtsbarkeit im Frieden, stärkere Ausländerüberwachung, Wehrkunde in den Schulen, Vorbeugehaft etc. — genügen, um die Dimensionen dieser Mobilmachung erkennen zu lassen. Sie geht sicherlich nicht nur auf den wachsenden Druck einer sich konsolidierenden CDU/CSU und auf die tiefeingesessene sozialdemokratische Gewohnheit zurück, bei jedwedem Anwurf seitens der CDU/CSU, die SPD betreibe eine „sozialistische" Politik, unverzüglich den durchschlagenden Gegenbeweis anzutreten. Sie ist vielmehr voll von der gegenwärtigen Regierungskoalition zu verantworten, und es ist abzusehen, daß bei sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen auch die Sozialdemokraten das Opfer jener Mobilmachung werden, die sie jetzt selbst organisieren.

Gordula Rilling-Linde und Rainer Rilling

Anmerkung:

1) „Handelsblatt" vom 26./27. 11. 1971.

2) „Handelblatt" vom 10. 12. 1970. Nach Angaben des prominenten amerikanischen Eskalationstheoretikers Herman Kahn haben die USA als die Hauptverbündeten der BRD in der Vergangenheit pro 1 Mrd. Dollar für Abwehrwaffensysteme 3—4 Mrd. Dollar für Angriffswaffen ausgegeben, während es bei der UdSSR umgekehrt ist (Flug Revue 8/1969, S. 16).

3) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 11. 1971.

4) Während die CDU (vor allem Benda) und die Regierungskoalition die Entfernung von Sozialisten und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst betreiben, wurde von der Regierungskoalition mit dem 2. Gesetz zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 19. 5. 1971A (BGBl. 1971 Teil I, S. 665) die bevorzugte Einstellung gedienter Wehrpflichtiger in den öffentlichen Dienst — ohnehin schon lange in der Wirtschaft praktiziert — gesetzlich verankert.

5) Der BGS besitzt den Kombattantenstatus, seine Mitglieder werden wie in der Bundeswehr ausgebildet; er ist mit Handgranaten, Schnellfeuerkanonen, Panzerwagen und Hubschraubern ausgerüstet und militärisch gegliedert.

6) Innenminister Genscher in einem Interview des Hessischen Rundfunks am 9. 9. 1971.

7) Ebenda.

8) Bulletin vom 2. 9. 1971.

Mit freundlicher Genehmigung des Pahl-Rugenstein-Verlages.